

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Konrad Weiß (Berlin) und der Gruppe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

zu der Erklärung der Bundesregierung

Unsere Verantwortung in der Welt

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, mit sofortiger Wirkung den Visumszwang für Flüchtlinge aus Bosnien-Herzegowina aufzuheben und keine Flüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien abzuschieben, bis der Bürgerkrieg beendet ist.

Die Bundesregierung wird darüber hinaus aufgefordert, umgehend Maßnahmen zu ergreifen, die die großzügige Aufnahme von Bürgerkriegsflüchtlings aus dem ehemaligen Jugoslawien im Rahmen von Flüchtlingskontingenten ermöglichen.

Dazu zählt insbesondere ein aus Bundesmitteln finanziertes Hilfsprogramm für die menschenwürdige Unterbringung und Betreuung der Flüchtlinge, da die Bundesländer allein mit dieser Aufgabe überfordert wären.

Der Deutsche Bundestag appelliert an die Bundesregierung, gleichwohl mit ihren Bemühungen fortzufahren und auch weiterhin Mittel zur Verfügung zu stellen, um dem UNHCR und anderen internationalen Organisationen die Betreuung von Bürgerkriegsflüchtlings vor Ort zu ermöglichen.

Bonn, den 16. Juni 1992

Konrad Weiß (Berlin)
Werner Schulz (Berlin) und Gruppe

Begründung

Täglich erreichen uns neue Schreckensmeldungen aus Bosnien-Herzegowina, ein Übergreifen der Kampfhandlungen auf den Kosovo wird immer wahrscheinlicher. Hunderttausende von Menschen, unter ihnen viele Frauen und Kinder, sind auf der Flucht.

Auch wenn die Bundesregierung bereits erhebliche Anstrengungen unternommen hat, um den Flüchtlingen im ehemaligen Jugo-

slawien selbst zu helfen, sind die Kapazitäten der Hauptaufnahmелänder Slowenien und insbesondere Kroatien erschöpft. Die Bemühungen der internationalen Hilfsorganisationen werden durch die aktuellen Kriegshandlungen zusätzlich erschwert.

Angesichts dieser Not ist es unverantwortlich, die Grenzen für Flüchtlinge ohne Visum weiterhin geschlossen zu halten. Es ist ein Gebot der Stunde, Flüchtlingen aus allen Teilen des ehemaligen Jugoslawien großzügig Aufnahme und Zuflucht zu gewähren.